

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

1 | 24

Seite **12**

Ausschuss befasst sich mit der Fortführung von Bauernhöfen im Erbfall

Seite **20**

Freiwilliges Soziales Jahr im Landtag: Nach der Schule ins Parlament

Seite **22**

Landtagsgeschichte: Was Abgeordnete vor Jahrhunderten speisten



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 1 | 24

PLENUM

82. Sitzung
Lehren aus der Geschichte ziehen

Landtag debattiert über Rechtsextremismus und Antisemitismus **4**

82. Sitzung
Fünf vor zwölf in Sachsens Solarbranche

Druck durch billige Solarmodule und andere Produkte aus China wächst **6**

83. Sitzung
Hoffungszeichen inmitten von Verunsicherung
Sachsenweite Demonstrationen für Demokratie **7**

83. Sitzung
Sportliche Erfolge dank starkem Fundament

Investitionen in den Sport zahlen sich gesellschaftlich aus **8**

Hintergrundinformationen zur Wintersportförderung in Sachsen **9**

83. Sitzung
Ventil für den Unmut
Landtag debattiert über Bauernproteste von Anfang Januar **10**

84. Sitzung
Ausschuss eingesetzt
Landtag untersucht Fördermittelvergabe im Sozialministerium **11**

PARLAMENT

Vielfalt oder Konzentration?
Preisgrenzen für Böden und Erbrecht Themen im Landwirtschaftsausschuss **12**

Aktuelle Gesetzgebung **14**

GEDENKEN

Gedenken an einem Ort des Grauens
Erste Vizepräsidentin Andrea Dombois legt Kranz am Mahnmahl Abtnaundorf nieder **16**

TITELBILD:
Elbflügel des Sächsischen Landtags im Winter
Foto: S. Füssel



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Jerome Hennesdorf, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) |

Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 09.02.2024 | Gastautor: Prof. Dr. Josef Matzerath (TU Dresden)

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.



Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

AKTUELLES

Moderne Farben, bessere Übersicht
Landtagskurier erhält frisches Erscheinungsbild 18

Im Plenarsaal mit Wildbiene und Honigbrot
Vorlesestunde und Einblicke ins Parlament für 108 Grundschüler 19

JUGEND

Ein Freiwilliges Soziales Jahr im Landtag?

Das geht?!

Halbzeitbilanz zum FSJ Politik im Herzen der sächsischen Demokratie 20

GESCHICHTE

Käse schließt den Magen

Ein klarer Kopf für die Landtagsmitglieder 22



Foto: S. Giersch

Liebe Leserinnen und Leser,

ganz sicher haben Sie spätestens beim Aufblättern dieses Heftes gemerkt: Unsere Parlamentszeitschrift hat eine Frischekur erhalten. Sie erstrahlt ab jetzt in einem neuen, moderneren Design. Die Redaktion des Landtagskuriers hat dafür an vielen kleinen und größeren Stellschrauben gedreht. Ich hoffe sehr, dass Ihnen das neue Layout zusagt. Noch leichter und schneller sollen Sie, liebe Leserinnen und Leser, zukünftig über die Arbeit unseres Parlaments Bescheid wissen. Schließlich setzt demokratische Teilhabe stets verlässliche Informationen voraus.

Wer viel weiß, kann gute Entscheidungen treffen und etwas bewegen. Gerade jetzt, wenn um große Probleme unserer Zeit gerungen wird. Wo es nicht gelingt, Lösungen zu finden, werden Menschen unzufrieden. Tausende Landwirte haben im Januar ihr Demonstrationsrecht genutzt, um auf Fehler der Bundespolitik hinzuweisen. Den Bauernprotest auf dem Theaterplatz in Dresden habe ich selbst miterlebt. Die Landwirte werden von existenziellen Sorgen um ihre Betriebe getrieben. Deshalb haben sie mit großer Entschlossenheit ihre Standpunkte deutlich gemacht.

In Sorge sind ebenfalls jene, die im Moment für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße gehen. Auch bei uns in Sachsen. Die Demonstranten fürchten, dass sich Extremismus weiter in der Gesellschaft ausbreitet. Mich treibt die zunehmende Radikalisierung ebenfalls um. Die Errungenschaft der Demokratie dürfen wir nicht gefährden. Schon einmal in der deutschen Geschichte haben autoritäres Denken und eine menschenverachtende Ideologie großes Leid gebracht. Der Gedenktag des 27. Januars erinnert uns daran. Wir dürfen nicht vergessen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten ein respektvolles Miteinander zu pflegen. Der neu gestaltete Landtagskurier hält viel Wissenswertes über diese und weitere Themen bereit. Ich wünsche Ihnen Freude beim Entdecken.

»Wir dürfen nicht vergessen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten ein respektvolles Miteinander zu pflegen.«

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

20

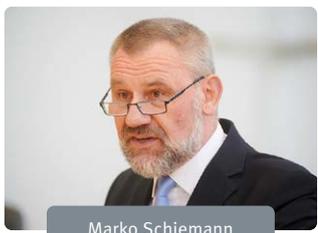


22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



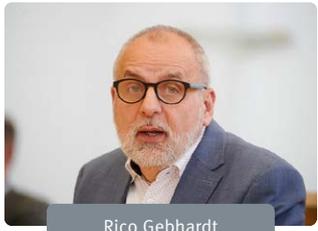
Fotograf: S. Floss



Marko Schiemann



Jörg Kühne



Rico Gebhardt



Franziska Schubert



Hanka Kliese

Lehren aus der Geschichte ziehen

Landtag debattiert über Rechtsextremismus und Antisemitismus

Die erste Aktuelle Debatte der 82. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags trug den Titel »Nie wieder ist jetzt!« – 27. Januar: Mahnen, erinnern, aus der Geschichte lernen!«. Beantragt hatte sie die Fraktion DIE LINKE. Der 27. Januar ist der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus.

DIE LINKE: Vorzeichen richtig verstehen

Aus der Geschichte könne man lernen, dass die rechten Feinde der Demokratie ihre Drohungen wahr machten, so Rico Gebhardt (DIE LINKE). Das spätere Programm der Nationalsozialisten sei bereits bei den völkischen Nationalisten des Kaiserreichs nachzulesen gewesen. Schon sie proklamierten, alle demokratischen Institutionen abzu-

schaffen und stattdessen einem Führer die Macht zu übertragen. Sie wollten deutschen Jüdinnen und Juden die Staatsangehörigkeit entziehen, um sie dadurch leichter entrechten, berauben, vertreiben und ermorden zu können. Die Faschisten der Gegenwart planten erneut die Entrechtung und Vertreibung von Millionen von Menschen. DIE LINKE stehe fest an der Seite derer, die nicht wollten, dass dieser Albtraum wahr werde.

CDU: Keinen Schlusstrich

Marko Schiemann (CDU) erklärte, dass Auschwitz und viele andere Vernichtungslager bis heute auf jene Menschheitsverbrechen hinwiesen, die einst von Deutschland ausgingen. Bundespräsident Roman Herzog habe bereits vor vielen Jahren die Einmaligkeit dieser Verbrechen betont und in das kollektive Gedächtnis zurückgeholt. Am 27. Januar gedenke man der Opfer vieler Völker Europas sowie der fast vollständigen Vernichtung der europäischen Juden. In die Erinnerung seien ebenfalls jene mutigen Frauen und Männer eingeschlossen, die sich dieser Barbarei widersetzen. Man stehe

in der Verantwortung, diese Verbrechen niemals wieder zuzulassen. Deshalb sei ein Schlussstrich unverantwortlich. Er bedeute immer nur das Reinwaschen der Täter und verliere die Millionen Opfer aus dem Blick.

AfD: Gedenken nicht politisch vereinnahmen

Nach Ansicht von Jörg Kühne (AfD) würden politische Kräfte das Andenken an den Holocaust für sich vereinnahmen, um Politik zu machen. Wer die Schrecken von Auschwitz nutze, um dem Ansehen politischer Gegner zu schaden, der stelle die Singularität der Naziverbrechen infrage. Das, was in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern geschah, ließe sich nur mit dem Wort »Barbarei« ausdrücken. Die Verbrechen seien abstoßend und monströs. Allein in Auschwitz seien weit mehr als eine Million Menschen ermordet worden oder an den Folgen der Lagerhaft gestorben. Vergessen dürfe man ebenso wenig, dass sich in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten Szenen größter Menschlichkeit abgespielt hätten. Dafür sei etwa der polnische Priester Maximilian Kolbe ein leuchtendes Beispiel.

BÜNDNISGRÜNE: Auftrag zum Handeln

Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE) betonte, dass der Gedenktag des 27. Januar die

Gegenwart in einer Aktualität präge, wie es manche vielleicht nicht mehr für möglich gehalten hätten. Er verbinde sich mit dem konsequenten Engagement gegen Rechtsextremismus und dem Widerspruch gegenüber jeder Form von Antisemitismus. Von Mitgliedern der AfD würden fast 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges unverhohlenen Deportationen geplant. Es sei daher notwendig, sich gegen eine Wiederholung der Geschichte zu wehren. »Nie wieder ist jetzt!« sei keine Floskel, sondern ein Aufruf für jene, die die demokratische Grundordnung wertschätzten. Um Rechtsextremismus entgegenzutreten, habe die Koalition erstmals ein Gesamtkonzept verabschiedet.

SPD: Keine Worthülsen

Hanka Kliese (SPD) reagierte zunächst auf die Ausführungen des AfD-Politikers Kühne und bezeichnete diese als »infam«. Es sei eine perfide Umkehr der Geschichte, dass sich die AfD als Opfer betrachte. Genau dies stelle eine Relativierung der Shoah dar. Dabei müssten die Schrecken der Shoah genau denjenigen Familien und Personen vermittelt werden, die damit überhaupt nicht mehr konfrontiert worden seien. Erinnerungskultur dürfe kein elitäres Projekt sein und auch nicht aus Worthülsen bestehen. Sätze wie »Für Antisemitismus ist hier kein Platz« seien wohlfeil

»Gerade jetzt müssen wir Augen und Ohren offen halten, damit niemand hinterher sagen kann: Das habe ich nicht gewusst.«



Barbara Klepsch

und stimmten nicht mit der Realität überein. Antisemitismus habe schon längst seinen Platz in der Gesellschaft gefunden. Man könne ihn nicht mit leeren Worten bekämpfen, sondern vor allem mit Taten.

Staatsregierung: Bewusstsein schärfen

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus, Barbara Klepsch (CDU), zeigte sich betroffen, dass Jüdinnen und Juden wieder Anfeindungen auf offener Straße erleben müssten. Sie sorgten sich beispielsweise, dass ihnen auf dem Weg zum Supermarkt etwas passieren könne. Deshalb brauche es eine klare Haltung und Solidarität. Das Jahr der jüdischen Kultur 2026 könne diesem Anliegen dienen. Es habe das Ziel, das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen und den Dialog zu fördern. Eine große Herausforderung für die Gedenkstättenarbeit werde überdies sein, dass es immer weniger Zeitzeugen gebe. Ihre Erinnerungen und Lebenszeugnisse müssten daher weiter dokumentiert werden. Seit einigen Jahren registrierten

die Gedenkstätten zunehmend unbedachte bis hin zu klar extremistischen Äußerungen.

// Dr. Daniel Thieme

Trauer um vier ehemalige Abgeordnete

Im Alter von 83 Jahren verstarb am 19. November 2023 der frühere Landtagsabgeordnete der CDU, **Helmut Müller**. Er gehörte von 1990 bis 1994 dem Parlament an und engagierte sich für die Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien.

Am 4. Januar 2024 endete das Leben des früheren Abgeordneten **Klaus Tischendorf**. Der Linken-Politiker wurde 61 Jahre alt. Er saß von 1999 bis 2019 im Landtag und war unter anderem Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses.

Zu betrauern ist ebenso der Tod von **Karl Matko** (CDU). Er verstarb am 5. Januar 2024 im Alter von 83 Jahren. Im 1. Sächsischen Landtag war er unter anderem Mitglied des Innenausschusses und des Petitionsausschusses.

Der Landtag trauert ebenfalls um **Manfred Plobner**, der mit 85 Jahren am 13. Januar 2024 verstarb. Der SPD-Abgeordnete gehörte dem Parlament von 1990 bis 1999 an. Er engagierte sich u. a. im Sonderausschuss zur Untersuchung von Amts- und Machtmissbrauch infolge der SED-Herrschaft.



Marika Tändler-Walenta im Gespräch mit Medienvertretern



Dr. Daniel Gerber

AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

YouTube-Kanal des
Sächsischen Landtags:
www.youtube.com/c/saechsischerlandtag01

Foto: S. Floss

Fünf vor zwölf in Sachsens Solarbranche

Druck durch billige Solarmodule und andere Produkte aus China wächst

»Die Souveränität der europäischen Energiewende liegt in Sachsen – Bekenntnis zur heimischen Solarindustrie für Jobsicherheit und Klimaschutz« lautete der Titel der zweiten Aktuellen Debatte am 31. Januar 2024. Beantragt hatte sie die Fraktion »BÜNDNISGRÜNE«.

Sicherheit für Solarunternehmen

Die Fotovoltaik bilde weltweit einen Grundpfeiler der Energiewende. Sie werde zukünftig maßgeblich zur Energiesicherheit in Europa beitragen, eröffnete Dr. Daniel Gerber (BÜNDNISGRÜNE) die Debatte. Aufgrund falscher politischer Entscheidungen erwägten die Unternehmen Meyer Burger und Solarwatt nun jedoch, ihre sächsischen Standorte zu schließen. Es brauche daher ein klares Signal für deren Erhalt. In dieser Frage dürfe man sich geopolitisch nicht angreifbar machen.

Jan Hippold (CDU) führte aus, dass weltweit hergestellte Module von chinesischen Vorprodukten abhängig seien. China kontrolliere etwa 80 Prozent des Marktes für Polysilizium, im Bereich der Wafer seien es sogar 97 Prozent. An dieser Stelle müsse sich etwas ändern. Schmerzlich seien in dieser Hinsicht die Kürzungen der Bundesregierung

beim Klima- und Transformationsfonds. So wichtig der Kompromiss beim Bundeshaushalt sei, dürfe er dennoch nicht auf dem Rücken der Solarindustrie ausgetragen werden.

Eine andere Wirtschaftspolitik

Die Gründe, warum es keine zukunftsfähige Solarindustrie in Sachsen gebe, träfen praktisch auf alle Industriebereiche zu, so Jörg Urban (AfD). Die deutschen Unternehmen schauten pessimistisch in die Zukunft und investierten nicht mehr in neue Arbeitsplätze. Es herrsche pure Verzweiflung aufgrund von zu viel Bürokratie, zu teurer Energie, zu hoher Abgabenlast und viel zu viel Einmischung der Politik. Deutschland brauche deshalb einen wirtschaftspolitischen Neuanfang.

Nico Brünler (DIE LINKE) schlug vor, dass die öffentliche Nachfrage nach heimischen Produkten der Solarindustrie erhöht werden müsse. Für jede Dachfläche, die dem Freistaat gehöre, solle ab einer bestimmten Größe eine Solaranlage verpflichtend sein. China dominiere den Weltmarkt, weil es mit einer gezielten Industriepolitik alle vorhandenen Ressourcen bündele. Das Ziel des Landes sei es, eine Monopolstellung zu erlangen und den Bereich zu kontrollieren.

Druck auf die Bundesregierung

Volkmar Winkler (SPD) beschwor ebenfalls die Dringlichkeit des Themas. Um Europa unabhängiger von Importen und Lieferketten zu machen sowie die Klimaziele zu erreichen, müsse jetzt gehandelt werden. Die sächsische Solarindustrie dürfe nicht ein zweites Mal sterben. Gelingen könne dies unter anderem durch den Abbau bürokratischer Hürden sowie die Förderung grüner Schlüsseltechnologien. Die Sächsische Staatsregierung übe an dieser Stelle bereits Druck auf die Bundesregierung aus.

Im Fotovoltaikbereich lägen weiterhin gigantische industriepolitische Chancen, argumentierte Energieminister Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE). China flute jedoch den Markt mit billigen Produkten. Diese Module würden unterhalb der Herstellungskosten in Europa verkauft. Sachsens Solarindustrie sei wettbewerbsfähig und müsse über diese schwierige Zeit gerettet werden, denn auch China werde seine Strategie nicht ewig aushalten können. Es gehe jetzt darum, die richtigen Instrumente zu wählen.

// Dr. Daniel Thieme



www.landtag.sachsen.de

Hoffnungszeichen inmitten von Verunsicherung

Sachsenweite Demonstrationen für Demokratie

Auf Antrag der SPD-Fraktion debattierte der Sächsische Landtag am 1. Februar 2024 über das Thema: »In den Farben getrennt, als Demokraten geeint? Politische Reaktionen auf gesellschaftliche Stimmungen in Sachsen«. Es war die erste Aktuelle Debatte der 83. Sitzung. Neue Ergebnisse des »Sachsen-Monitors« zeigen, dass 59 Prozent der Menschen unzufrieden damit sind, wie die Demokratie funktioniert. Immerhin 83 Prozent finden das Prinzip an sich aber gut.

Soziale Ungerechtigkeit angehen

Die vergangenen Tage hätten genug Anlass gegeben, um auf die gesellschaftliche Situation in Sachsen zu schauen, hob Henning Homann (SPD) an. Einerseits habe es die jüngsten Ergebnisse des »Sachsen-Monitors« gegeben. Andererseits hätten sich über 100 000 Menschen auf den Straßen für die Demokratie stark gemacht. Viele Menschen seien der Meinung, dass die Schere zwischen Arm und Reich zu groß werde. Darauf müsse man eine Antwort geben und die soziale Ungleichheit angehen.

Es herrsche aktuell eine große Verunsicherung unter der Bevölkerung, befand Alexander Dierks (CDU). Die aktuellen Demonstrationen seien aber ermutigend,

weil sich viele Menschen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Es brauche den konstruktiven Streit und gegebenenfalls auch Korrekturen. Dies habe sich beispielsweise in der Migrationspolitik gezeigt. Es schaffe Vertrauen, wenn die Menschen feststellten, dass Dinge angegangen und Probleme gelöst werden.

Drängende Probleme

Was den Bürgern unter den Nägeln brenne, sei offensichtlich, so Carsten Hütter (AfD). Es seien zu hohe Energiepreise, Schlaglöcher auf den Straßen, immer längere Wartezeiten bei Ärzten und Ämtern, die Schließung von wichtigen Dienstleistern wie Post und Sparkassen und vieles mehr. Der steuerzahlende Bürger habe genug davon, immer weniger netto in der Tasche zu haben und immer länger arbeiten zu müssen. Die Staatsregierung habe in diesen Fragen nichts unternommen.

Susanne Schaper (DIE LINKE) sagte, sie sei dankbar für die anhaltenden Massenproteste gegen die radikale Rechte und für den demokratischen Sozial- und Rechtsstaat. Angesichts der bekanntgewordenen Pläne, Menschen zu deportieren, gehe vielen Menschen ein Licht auf, was Faschismus wirklich bedeute. Der Zuspruch für die

neue faschistische Partei sei das Produkt neoliberaler und autoritärer Tendenzen, die es seit Jahrzehnten gebe.

Demokratische Vielfalt

Demokratinnen und Demokraten könnten sehr trefflich miteinander streiten, so Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE). Man dürfe unterschiedliche Auffassungen vertreten und bleibe dennoch immer auf dem Fundament der Verfassung. Dem gegenüber stünden jene, die den Rechtsstaat ins Wanken bringen wollten. Ein Beispiel seien die geplanten Angriffe auf die Menschenwürde, wie es offensichtlich Vertreter der AfD vorhätten. Ermutigend sei, wie sich die Republik gegen ihre Feinde erhebe.

Für die Staatsregierung sprach Staatsminister Oliver Schenk (CDU). Er sagte, dass sich die Demokratie im weltweiten Wettbewerb mit Diktaturen befinde. Mehr als 70 Prozent der Weltbevölkerung lebten in autoritären oder teilautoritären Systemen. Die Frage sei es daher, wie man mit den eigenen Werten bestehen und Vorstellungen von Freiheit behaupten könne. Eine Antwort darauf sei es, Bündnisse zu schließen, zuallererst mit den europäischen Nachbarn.

// Dr. Daniel Thieme

Henning Homann





Armin Schuster

Foto: S. Floss

Sportliche Erfolge dank starkem Fundament

Investitionen in den Sport zahlen sich gesellschaftlich aus

Auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags am 1. Februar 2024 stand außerdem das Thema »Breitensport und Spitzensport – Sachsen zeigt, wie es geht«. Der Antrag der CDU-Fraktion bildete die zweite Aktuelle Debatte der 83. Sitzung. In Sachsen gibt es etwa 4.400 Sportvereine mit rund 670.000 Mitgliedern.

Investitionen erhöhen

Die Top-Ergebnisse der Rennrodelweltmeisterschaft 2024 in Altenberg hätten erneut bewiesen, dass Sachsen ein Sportland sei, bekundete Wolf-Dietrich Rost (CDU). Der Spitzensport habe mit den Sportschulen sowie dem sächsischen Olympiastützpunkt an mehreren Standorten ein starkes Fundament. Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, brauche es moderne, funktionale und bedarfsgerechte Sportstätten. Dazu seien deutlich höhere Investitionen in ihre Erhaltung und den Ausbau nötig.

Der Investitionsstau im Sport sei immens, stimmte Holger Hentschel (AfD) seinem Vorredner zu. Bei der Sportinfrastruktur, also Sportstätten, Trainings- oder Sanitäreinrichtungen, seien Investitionen überfällig. Die Kommunen und das Land förderten bereits in vielen Bereichen, doch müsse noch mehr passieren. Ein anderes Thema seien die Nachwirkungen der Coronapandemie. Unter den Einschränkungen hätten der Schulsport und insbesondere das Schulschwimmen gelitten.

Inklusion verbessern

Marika Tändler-Walenta (DIE LINKE) befasste sich vor allem mit dem Thema Inklusion. Von der flächendeckenden Barrierefreiheit bei Sportstätten sei man noch weit entfernt. Frappierend sei, dass in keinem der zehn Stadien der diesjährigen Fußball-EM die Anzahl der geplanten Rollstuhlplätze den rechtlichen Vorgaben von einem Prozent der Besucherzahlen entspreche. Für bessere Inklusion beim Sport könne eine Koordinierungsstelle in Sachsen der Anfang sein.

Kinder und Jugendliche bräuchten Motivation, um Sport zu treiben. Sie bilde den Ausgangspunkt für späteren Leistungssport, so Ines Kummer (BÜNDNISGRÜNE). Doch leider stelle die sportliche Bewegung im Alltag der jungen Generation keinen großen Wert mehr dar. Vor allem im frühkindlichen Bereich habe die Bewegungsarmut enorm zugenommen. Um Angebote zu schaffen und die Vereine darin zu unterstützen, dürften sie ihre finanziellen Spielräume nicht verlieren.

Sportstätten stärken

Albrecht Pallas (SPD) gab zu bedenken, dass man das Geld im Sporthaushalt nur einmal ausgeben könne. Es könne aber so verwendet werden, dass möglichst viele etwas davon hätten. Das gelte etwa für die Sportstätten, die von allen genutzt würden. Zu ihnen gehörten die bereits angesprochenen Wintersportanlagen oder die Sportzentren, in denen Vereine ihre Trainingslager abhielten. Nicht vergessen dürfe man die Ehrenamtlichen. Sie zu fördern, sei die zweite große Aufgabe.

Er sei schon viel in Deutschland herumgekommen, doch kenne er kein zweites Bundesland, in dem die Menschen derart sportaffin seien, wie hier in Sachsen, bekannte Innenminister Armin Schuster (CDU). Allein in dieser Legislaturperiode habe der Landtag 556 Investitionsprojekte im Sport gefördert. Solche Projekte könnten aber nur entstehen, wenn es auch zukünftig bei einer starken Sportförderung bleibe. 120 Millionen Euro für die Jahre 2023/2024 seien dafür ein guter Wert.

// Dr. Daniel Thieme



www.landtag.sachsen.de

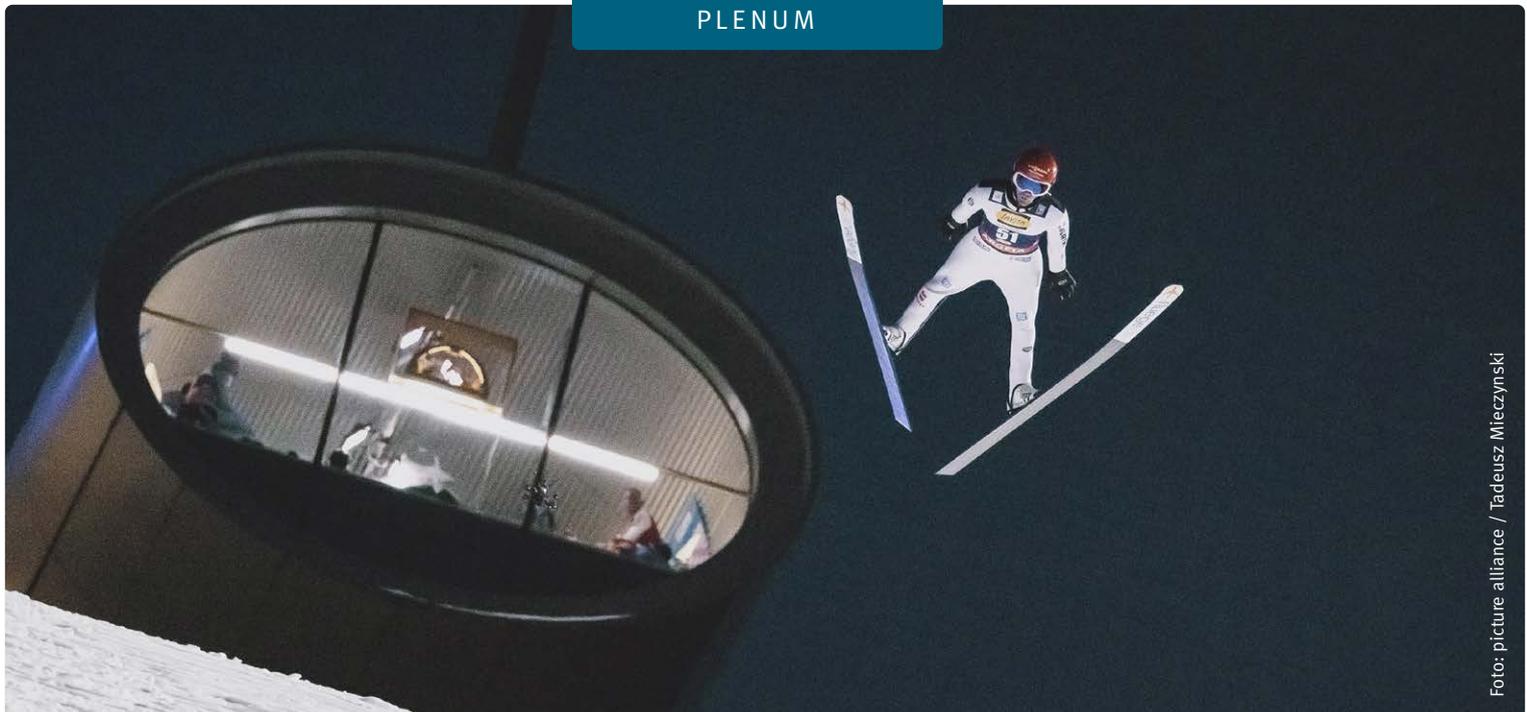


Foto: picture alliance / Tadeusz Mieczyski

Hintergrundinformationen zur Wintersportförderung in Sachsen

OLYMPIA-ERFOLGE WINTERSPORTARTEN SACHSEN



Insgesamt 45 Medaillen seit 1992 für sächsische Sportlerinnen und Sportler.
Quelle: Landessportbund Sachsen, Stand: 2022

Sachsen ist deutschlandweit für den Wintersport bekannt. Die Mittelgebirge, allen voran das Erzgebirge und das Vogtland, bieten hervorragende Möglichkeiten für Sport auf Schnee und Eis. An mehreren Orten haben sich Wintersportzentren etabliert, die neben dem Breitensport auch den Spitzensport fördern und ihm immer wieder junge Talente zuführen. Bundes- und Landesstützpunkte fördern junge Wintersportler in ihrer Entwicklung.

Herausragende Persönlichkeiten

Zu den wohl bekanntesten Wintersportlern aus Sachsen gehört unter anderem der Nordische

Kombinierer Eric Frenzel aus Geyer. Der siebenmalige Weltmeister und Olympiasieger ist einer der erfolgreichsten Sportler dieser Disziplin weltweit. Zu den Besten ihres Sports gehört ebenfalls Denise Herrmann-Wick. Sie ist Olympiasiegerin und zweifache Weltmeisterin im Biathlon. Im Bobsport ist

BUNDES- UND LANDESSTÜTZPUNKTE FÜR WINTERSPORTARTEN



Quelle: Landessportbund Sachsen

Francesco Friedrich aus Pirna das Maß der Dinge. Der mehrmalige Weltmeister und Olympiasieger ist der erfolgreichste deutsche Bobsportler aller Zeiten.

Anlagen von hoher Bedeutung

Bedeutende Wintersportanlagen befinden sich unter anderem in Altenberg, Oberwiesenthal und Klingenthal. Die Kunsteisbahn im Altenberger Kohlgrund ist

Austragungsort nicht nur nationaler, sondern auch internationaler Wettbewerbe von höchster Qualität. In Klingenthal steht eine der modernsten Skisprung-Anlagen der Welt.

Sachsen will auch zukünftig Ausrichter internationaler Wettkämpfe im Wintersport bleiben. Angesichts sich ändernder Rahmenbedingungen, wie etwa ausbleibendem Schnee und weltweiter Konkurrenz, ist dies keine leichte Aufgabe. Deshalb stellt der Freistaat Sachsen dem Wintersport in einem Sonderprogramm von 2024 bis 2027 zusätzlich 33 Millionen Euro zur Verfügung.



Jörg Dornau



Antonia Mertsching

Fotos: S. Floss

Ventil für den Unmut

Landtag debattiert über Bauernproteste von Anfang Januar

83. Sitzung des Sächsischen Landtags

Die dritte Debatte der Aktuellen Stunde am 1. Februar 2024 hatte die AfD beantragt. »Aufstand der Fleißigen: Bauern entlasten! Bürger entlasten! Grüne entlassen?« lautete ihr Titel. An den Protesten am 10. Januar 2024 in Dresden nahmen Landwirte mit etwa 4 000 Traktoren teil.

Unmut über aktuelle Zustände

Die jüngsten Bauernproteste hätten eine beispiellose Solidarität in der Bevölkerung erfahren, so Jörg Dornau (AfD). Ihr Unmut richte sich gegen die katastrophale und deutschlandfeindliche Politik der etablierten Parteien. Seit Langem warnten Ökonomen vor den katastrophalen Auswirkungen auf das Finanzsystem, die Wirtschaft, die Sozialsysteme und den damit einhergehenden Wohlstandsverlust. Aber all diese Warnungen würden sie in den Wind schlagen.

Er habe nicht erwartet, dass unter diesem Debattentitel ein solch populistischer Rundumschlag erfolge, gab sich Andreas Heinz (CDU) nachdenklich. Viel eher habe er damit gerechnet, dass es um die verspäteten Agrarausgleichszahlungen gehen werde. Sachsens Bauern hätten es verdient gehabt, diese rechtzeitig zu erhalten. Zwar gebe es in der Politik grundsätzlich etwas besser zu machen, dazu brauche es jedoch die nötigen Mehrheiten.

Ungerechtigkeit beseitigen

Antonia Mertsching (DIE LINKE) meinte, sie könne den Aufstand der Landwirte von Anfang des Jahres gut verstehen. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik habe den Druck auf sie verstärkt. Es gebe erhöhte Tierwohlanforderungen, verschärfte Düngeregelungen und anderes mehr. Konflikte müssten ausgetragen werden. Sie würden aber nicht gelöst, indem man einfach die Absetzung der Regierung fordere. Vielmehr müsse über die Ungerechtigkeit im Marktgefüge gesprochen werden.

Es herrsche Verunsicherung aufgrund von Krieg, Inflation und steigenden Kosten, zudem drohten Wohlstandsverluste, warnte Volkmar Zschocke (BÜNDNISGRÜNE). Viele fleißige Bürger, vor allem der Mittelstand, seien deshalb wütend. In solch einer Situation wünsche man sich eine Regierung, die Zuversicht und Einigkeit vermittele.

Doch zur Bewältigung der aktuellen Krisen und Transformationen gäbe es in der Gesellschaft und Politik im Moment grundverschiedene Ansätze.

Komplexe Sachverhalte

Volkmar Winkler (SPD) gab zu verstehen, dass schon der Debattentitel den Geist der Spaltung und Polarisierung atme. Es gehe der einbringenden Fraktion um nichts anderes, als die Bundesregierung anzugreifen. Doch Maximalforderungen aufzustellen und nach dem Kopf der Verantwortlichen zu rufen, werde den komplexen Sachverhalten nicht gerecht. Trotz mancher Härten tue die AfD so, als hätte der deutsche Staat nichts zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger getan. Dem sei längst nicht so.

Landwirtschaftsminister Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE) stellte klar, dass die Bauern auf den Demonstrationen nichts mit der AfD zu tun gehabt haben wollten. Grundsätzlich könne es keine gute Landwirtschaftspolitik geben, ohne die Folgen des Klimawandels zu berücksichtigen. Von langanhaltenden Dürren, Starkregen oder Stürmen sei in erster Linie die Landwirtschaft selbst betroffen. Sie müsse jedoch auch so gestaltet sein, dass sie sich am Ende wirtschaftlich lohne.

// Dr. Daniel Thieme



Auch am 1. Februar 2024 protestierten Landwirte auf dem Parlamentsvorplatz.



Die AfD-Fraktion bei der Abstimmung

Fotos: S. Floß

Ausschuss eingesetzt

Landtag untersucht Fördermittelvergabe im Sozialministerium

Der Sächsische Landtag hat in einer Sondersitzung am 9. Februar 2024 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Er beruht auf einem Antrag von Mitgliedern der AfD-Fraktion und trägt den Kurztitel »Mutmaßlich rechtswidrige Förderpraxis bei Asyl und Integrationsmaßnahmen im Verantwortungsbereich von Staatsministerin Köpping«.

Gegenstand der Untersuchungen sollen laut dem Einsetzungsantrag Förderdefizite sein, die der Sächsische Rechnungshof Anfang Dezember 2023 in einem Sonderbericht öffentlich gemacht hat. Darin hatte die Behörde mehrere Rechtsverstöße bei der Richtlinie »Integrative Maßnahmen« des sächsischen Sozialministeriums aus den Jahren 2016 bis 2019 bemängelt. Gegenstand der Untersuchung ist ferner, ob eine Förderung einzelner Zuwendungsempfänger aus politischen Gründen beispielsweise politischem Interesse erfolgte.

Für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist gemäß Artikel 54 Absatz 1 der Landesverfassung ein Fünftel der Mitglieder des Landtags erforderlich. Der Landtag muss dem Antrag zustimmen, solange keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen. Da diese zunächst nicht ausgeräumt worden waren, erhielt der ursprüngliche Antrag am 31. Januar 2024 im Plenum keine Mehrheit. Anschließend hatte der Rechtsausschuss beraten und die AfD-Fraktion Änderungen vorgenommen. Nach der Überarbeitung stimmte der Landtag schließlich für die Einsetzung.

Kritik am Verfahren

André Barth (AfD) bekundete, die Koalition lasse jeglichen Aufklärungswillen vermissen. Sie wolle die Strukturen der organisierten Steuermittelverschwendung weiterhin am Leben erhalten. Mit einem erneuten Änderungsantrag habe seine Fraktion letzte Zweifel an der Zulässigkeit des Antrags beseitigt.

Auf das Verfahren an sich kam Martin Modschiedler (CDU) zu sprechen. Ein Untersuchungsausschuss sei ein Minderheitenrecht, das die Opposition ausüben könne und dürfe. Entscheidend sei jedoch, dass er auf der Grundlage der Verfassung beruhe. Dies habe man schlussendlich erreicht.

Kerstin Köditz (DIE LINKE) stellte richtig, dass die Überweisung des AfD-Antrags nicht auf fadenscheinigen Begründungen beruht habe. Sonst hätte die Fraktion ihren ursprünglichen Antrag wohl kaum dreimal überarbeitet. Das Vorgehen wecke indes Zweifel, ob die Untersuchung überhaupt irgendetwas ermitteln werde.

Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) reagierte auf Kritik der AfD, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses sei verzö-

gert worden. Dabei habe die Fraktion selbst Monate gebraucht, um eine Entscheidung zu treffen. Am Ende könne es viel dramatischer für die AfD selbst werden, als für das, was sie aufklären wolle.

Alles, was der Ausschuss untersuchen soll, wurde bereits aufgeklärt, so Sabine Friedel (SPD). Der Sonderbericht des Rechnungshofs habe Probleme festgestellt, das zuständige Ministerium Stellung genommen und die kritisierten Punkte umgehend behoben. Das Anliegen der AfD sei es allein, Wahlkampf zu betreiben.

Der neu eingesetzte Untersuchungsausschuss ist der zweite in der laufenden Wahlperiode 2019 bis 2024. Als Vorsitzenden bestimmte das Parlament Dr. Volker Dringenberg (AfD). Stellvertretender Vorsitzender ist Geert Mackenroth (CDU).

// Dr. Daniel Thieme

Fraktionsaustritte bei AfD und CDU

Der Abgeordnete Roland Ulbrich (AfD) hat seine Fraktion am 31. Januar 2024 aus eigenem Entschluss verlassen. 2019 zog Ulbrich als Listenkandidat der AfD in den Landtag ein. Auch die CDU-Fraktion hat ein Mitglied verloren. Der Abgeordnete Stephan Hösl trat am 1. Februar 2024 aus seiner bisherigen Fraktion aus. Er gehört seit 2014 dem Landtag an und ist im Wahlkreis Vogtland 4 direkt gewählt. Beide Politiker bleiben als Fraktionslose Mitglieder des Parlaments.



Ausschussvorsitzende Ines Springer

Vielfalt oder Konzentration?

Preisgrenzen für Böden und Erbrecht Themen im Landwirtschaftsausschuss

Gleich zwei Gesetze zur Entwicklung der sächsischen Landwirtschaft behandelte der Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft am 18. Januar 2024. Die Staatsregierung hatte die Entwürfe für ein Agrarstrukturgesetz (Drs 7/14655) sowie ein Höfegesetz (Drs 7/14661) vorgelegt. In einer fast fünfstündigen Anhörung diskutierten die Teilnehmer die Inhalte und Positionen der insgesamt 13 geladenen Sachkundigen.

Das Ziel der eingebrachten Gesetzentwürfe ist es, regional verbundene landwirtschaftliche Betriebe zu stärken, die bestehende Vielfalt in der sächsischen Agrarstruktur zu bewahren und landwirtschaftlich nutzbare Böden zum Zwecke der Ernährung der Bevölkerung zu erhalten. Das Sächsische Agrarstrukturgesetz soll den Zugang zu Agrarflächen für ortsansässige Landwirte erleichtern, den Erwerb für außerlandwirtschaftliche Investoren erschweren und den Zugriff auf landwirtschaftliche Nutzflächen für Großinvestoren begrenzen. Damit soll eine übermäßige Flächenkonzentration in der Hand einzelner Akteure vermieden werden. Betriebe dürften dann nicht auf über 2 500 Hektar anwachsen. Das Agrarstrukturgesetz soll ferner die Preisent-

wicklung beim Weiterverkauf von Flächen begrenzen.

Das Höfegesetz schafft Sonderregelungen im Erbrecht. Landwirtschaftliche Familienbetriebe können damit auf nur einen Erben übergehen. Im Erbfall könnte der Betrieb fortgeführt werden, ohne dass dieser zerschlagen wird. Im Gegenzug werden Miterben mit Ausgleichszahlungen abgefunden. Diese können dann laut Gesetzentwurf nicht anhand des Verkehrswertes eines landwirtschaftlichen Betriebs, sondern aus einem Anteil des Ertragswerts berechnet werden. Das Gesetz ist freiwillig anwendbar. Eigentümer können sich auf Wunsch auch dem allgemeinen Erbrecht unterwerfen.

Kapital und Wachstum ausdrücklich erwünscht

Gleich mehrere Sachkundige aus sächsischen Landwirtschaftsbetrieben kritisierten die Gesetzentwürfe. Marco Birnstengel, Geschäftsführer eines Oberlau-

sitzer Agarbetriebes, sprach sich gegen Obergrenzen für Betriebsgrößen aus. Dies müsse der Markt regeln. Es sei ein politisches Narrativ, nur kleine Betriebe als gut und umweltfreundlich einzuordnen. Der Verkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen diene teilweise auch der Alterssicherung von Landwirten. Die Begrenzung der Preisentwicklung von Grundstückswerten wirke sich negativ auf Kreditangebote aus. Dr. Andreas Eisen vom Genos-





Anhörung im Plenarsaal

senschaftsverband stimmte dem zu und fügte an, dass mit dem Agrarstrukturgesetz die Entwicklung des landwirtschaftlichen Mittelstands behindert werde. Es würde außerlandwirtschaftliches Kapital aus der Landwirtschaft heraushalten. Damit ignoriere man die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in Sachsen.

Henryk Schultz vom Sächsischen Landesbauernverband führte verschiedene Statistiken an, nach denen im bundesweiten Vergleich bei Monopolisierung oder Bodenpreisen in Sachsen keine Gefahr bestünde. Die Preise würden sich nicht wesentlich anders entwickeln als die allgemeinen Verbraucherpreise. Bei den Pachtpreisen sehe er ebenfalls keinen Anlass, regulierend einzugreifen. Die Zahl der Betriebe in Sachsen habe sich überdies zwischen 2010 und 2022 um 300 erhöht. Das beabsichtigte Höfegesetz sei nicht nur unnötig, es benachteilige obendrein die weichenden Erben. Es greife zu stark in Familienangelegenheiten ein, befand Hartwig Kübler, Vorstandsvorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst in Sachsen und Thüringen. Prof. Dr. Antje Tölle, Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht,

meinte hingegen, bei dem Gesetzentwurf handele es sich um eine abgewogene Regelung, die obendrein noch freiwillig sei. Kleine Betriebe könnten sich damit absichern, im Erbfall nicht aufgeteilt zu werden.

Spekulative Tendenzen bei Bodenpreisen

Der Sachkundige Jobst Jungehülsing wies darauf hin, dass Novellen des Landwirtschaftsrechts aus den 1960er-Jahren zwingend notwendig seien. Er sprach sich für eine breite Eigentumsstreuung bei Agrarflächen aus. Im bundesdeutschen Schnitt sei diese zwar vorhanden, aber in den ostdeutschen Ländern seien massive Konzentrationstendenzen zu erkennen. Die Obergrenze von 2 500 Hektar pro Betrieb in Sachsen sei doch recht hoch und aus seiner Sicht eine moderate Regelung. Dies entspreche auch Obergrenzen in ähnlich großen Regionen der EU. Er hob hervor, die Bodenpreise in Sachsen seien im Vergleich zu den Gewinnen der Betriebe unverhältnismäßig gestiegen. Mit dem Besitz landwirtschaftlicher Flächen habe man 2022 in Sachsen fünfmal so viel ver-

dienen können, wie mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit an sich. Dies spreche für deutliche spekulative Tendenzen. Damit verbessere sich sicherlich die Kreditwürdigkeit der Betriebe, doch in Sachsen gehörten ohnehin 71 Prozent der Fläche nicht den Landwirten selbst, sondern anderen Bodeneigentümern. Patrick Rückert von der Großdrebitzer Agrarbetriebgesellschaft stimmte zu. Ohne Schutzmechanismen würden Bodenverkaufswerte weiter künstlich von Investoren in die Höhe getrieben. Er plädierte sogar für noch strengere Preisobergrenzen, denn die meisten Landwirte hätten keine großen Rücklagen für Ankäufe. Reiko Wöllert von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Thüringen arbeitete in seinem Referat die wirtschaftlichen Folgen von Investorenübernahmen heraus. Seiner Meinung nach fielen damit Arbeitsplätze vor Ort weg, Steuern würden nur am Firmensitz gezahlt, jahrzehntelang gepflegte Strukturen gingen verloren. Auf-

fällig sei, dass insbesondere gut laufende Betriebe verkauft würden.

Gesamtgesellschaftliche Betrachtung wichtig

Der Rechtsanwalt Thomas Rüter fasste die in der Anhörung zutage getretenen Interessengengensätze hilfreich zusammen: Die Landwirtschaft habe einerseits Markt- und Wachstumsinteressen. Andererseits gebe es in diesem Politikfeld weitere Interessen, wie etwa die Begünstigung regionaler Betriebe, die Belange der ländlichen Sozialstruktur sowie der Ökologie und Nachhaltigkeit. Aus seiner Sicht habe die Staatsregierung den Gesetzentwurf ausgewogen gestaltet. Er ergänzte, Preisbremsen seien nicht per se als unverhältnismäßiger Markteingriff zu bewerten, sondern in der sozialen Marktwirtschaft ein berechtigtes Mittel der Entschärfung.

// Janina Wackernagel



Das stenografische Protokoll einschließlich der Sachkundigenübersicht und zahlreicher ergänzender schriftlicher Stellungnahmen:

https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=60330&dok_art=APr&leg_per=7&pos_dok=&dok_id=293875

AKTUELLE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Einführung eines Kopftuchverbots in Schulen und in Kindertageseinrichtungen , 7/11343 AfD	Schülern und Kindern in Schulen und Kindertageseinrichtungen sollte das Tragen eines islamischen Kopftuchs verboten werden.	✗
Gesetz zur Absenkung des Wahlalters im Freistaat Sachsen auf das vollendete 16. Lebensjahr (Sächsisches Wahlalter-16-Gesetz) , 7/12706 DIE LINKE	Zur Einbeziehung junger Menschen in die Politik sollte das Mindestalter zur Wahlteilnahme für die Landtags- und Kommunalwahlen auf das vollendete 16. Lebensjahr festgesetzt werden.	✗
Gesetz zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Schwangeren im Freistaat Sachsen (Sächsisches Schwangerenselbstbestimmung Stärkungsgesetz – SächsSchwSelbstbestStärkG) , 7/13495 DIE LINKE	Schwangere sollen ungehinderten, barrierearmen, wohnortnahen und weltanschaulich freien Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung sowie zu Praxen und Kliniken für die Vornahme eines etwaig gewünschten Abbruchs bekommen.	✗
Gesetz zur Änderung der Bauvorlageberechtigung und zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 , 7/13736 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Zur Abwendung zweier EU-Vertragsverletzungsverfahren werden die Regelungen zur Bauvorlageberechtigung der Ingenieure sowie zur Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen angepasst.	✓
Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Freistaat Sachsen , 7/14240 DIE LINKE	Die den Gemeinden eingeräumte Möglichkeit, von Grundstückseigentümern Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen zu erheben, sollte wieder abgeschafft werden.	✗
Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Sachsen (Sächsisches Zweckentfremdungsverbotsgesetz) , 7/14305 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Über eine Satzungsermächtigung wird es Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermöglicht, die Nutzung von Wohnraum für andere Zwecke unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen, um so das Gesamtwohnraumangebot erhalten zu können.	✓
Gesetz zur Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule Sachsen , 7/14856 Staatsregierung	Der Schwerpunkt des Gesetzentwurfs liegt in der Weiterentwicklung der Berufsakademie Sachsen zu einer »Dualen Hochschule Sachsen«. Der Hochschulstatus ermöglicht die überregionale und internationale Anerkennung der dualen praxisintegrierenden Bachelor- und Diplomstudiengänge.	✓
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen und des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge im Freistaat Sachsen (Versammlungsrechtsänderungsgesetz) , Drs 7/15229 AfD	Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit soll deutschen Staatsangehörigen vorbehalten bleiben. Werden Versammlungen mit rassistischen oder antisemitischen Inhalten von Deutschen angemeldet, sollen Ausländer ausgeschlossen werden können.	○
Gesetz über den Schutz der Versammlungsfreiheit im Freistaat Sachsen , Drs 7/15266 Staatsregierung	Mit der Novelle soll das Versammlungsgesetz übersichtlicher und praxisgerechter sowie ein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden.	○
Gesetz zur Regelung berufsanerkenntnisrechtlicher Verfahren , Drs 7/15435 Staatsregierung	Anerkennungsverfahren sollen vereinfacht und dadurch beschleunigt werden. Auch ist eine Harmonisierung der landes- und bundesrechtlichen Regelungen bezweckt.	○
Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages , Drs 7/15463 Staatsregierung	Mit dem Zustimmungsgesetz soll der Staatsvertrag in Landesrecht überführt werden. Dieser richtet die Finanzierungsmodalitäten in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der IT neu aus.	○
Gesetz zur Neuregelung des Nachrichtendienstrechts , Drs 7/15464 Staatsregierung	Mit dem neu strukturierten Verfassungsschutzgesetz sollen bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben an die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden berücksichtigt werden.	○
Gesetz zur Regelung der Beteiligung und Teilhabe der Einwohner:innen und Gemeinden am Ausbau erneuerbarer Energieanlagen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz – SächsEEBeteilG) , Drs 7/15543 DIE LINKE	Mit dem neuen Stammgesetz sollen Anlagenbetreiber von Windenergie- und Fotovoltaik-Freiflächenanlagen dazu verpflichtet werden, betroffenen Gemeinden und den Einwohnern eine Form der finanziellen Beteiligung am Ertrag der Anlagen anzubieten.	○
Sächsisches Gesetz über den behördlichen Gebrauch der deutschen Sprache (Sächsisches Behördensprachgesetz – SächsBSprG) , Drs 7/15580 AfD	Sächsischen Behörden soll gesetzlich der Gebrauch von geschlechtergerechten Ausdrucksformen in ihrer Kommunikation untersagt werden.	○
Fünftes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ministergesetzes , Drs 7/15595 AfD	Mit dem Gesetzesvorhaben sollen die Altersversorgung und das Übergangsgeld ehemaliger Mitglieder der Staatsregierung verringert werden.	○
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes , Drs 7/15648 Staatsregierung	Ziel der Gesetzesänderung ist die Übernahme der Gedenkstätte zu Ehren der Euthanasieopfer in Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung der Opfer politischer Gewaltherrschaft.	○

✓ angenommen
 ✗ abgelehnt
 ○ zur Beratung und Anhörung in den Fachausschüssen



Nähere Informationen unter <https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster



ERINNERN, MAHNEN UND NIEMALS VERGESSEN

Der Freistaat Sachsen erinnerte in diesem Jahr erneut mit einer zentralen Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus. Auf dem Gelände eines ehemaligen Lagers für KZ-Häftlinge in Abtaundorf/Leipzig legten Vertreter des Sächsischen Landtags, der Staatsregierung sowie der Stadt Leipzig Kränze nieder. Traurige Bekanntheit erlangte der Ort durch ein Massaker an mehreren Hundert Menschen wenige Wochen vor Kriegsende.

Mahnmal Abtaundorf in Leipzig



Burkhard Jung

Fotos: D. Knoke

Gedenken an einem Ort des Grauens

Erste Vizepräsidentin Andrea Dombois legt Kranz am Mahnmal Abtnaundorf nieder

Am 27. Januar 2024 jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 79. Mal. Die Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, Andrea Dombois, nahm anlässlich dieses besonderen Tages an der zentralen Gedenkveranstaltung für Sachsen in Leipzig teil. Staatsminister Christian Piwarz vertrat die Sächsische Staatsregierung.

Gedenken der Opfer

Zwischen 1933 und 1945 ermordeten die Nationalsozialisten sechs Millionen Juden. Sie wurden in Konzentrationslager deportiert und systematisch umgebracht. Verfolgt und ermordet wurden nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch politische Gegner, homosexuelle Menschen, Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften sowie Sinti und Roma. Zu den Opfern des Nationalsozialismus gehörten ebenfalls kranke Menschen und Menschen mit körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung.

Seit dem Jahr 1996 ist der 27. Januar offizieller Gedenktag für die Schicksale all dieser Menschen. Sachsen- und bundesweit gab es aus diesem

Anlass zahlreiche Gedenkveranstaltungen, Vorträge und Bildungsprojekte. Sie erinnerten mit unterschiedlichen Schwerpunkten an die unzähligen Gräueltaten im Holocaust und mahnten dazu, diese nicht zu vergessen.



Zur zentralen Gedenkveranstaltung des Freistaates Sachsen vertrat in diesem Jahr Vizepräsidentin Andrea Dombois den Sächsischen Landtag. Gemeinsam mit Staatsminister Christian Piwarz sowie Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung legte sie am Mahnmal Abtnaundorf einen Kranz nieder. In seiner Rede erinnerte der Oberbürgermeister an die Verbrechen der Nationalsozialisten. Es dürfe nicht wieder geschehen, was damals passierte. Ebenso wies

Burkhard Jung auf die Gefahr des Antisemitismus hin. Dieser sei seit 1945 nie so sichtbar gewesen wie heute. John Crosby, US-Generalkonsul in Leipzig, ergriff bei der Veranstaltung ebenfalls das Wort. Ein gemeinsames Gebet leitete die Vorsitzende der Jüdisch-Christlichen Arbeitsgemeinschaft Leipzig, Pfarrerin Simone Berger-Lober. Der Kinder- und Jugendchor der Oper Leipzig sorgte für den musikalischen Rahmen.

Ausstellung im Leipziger Rathaus

Anlässlich des Holocaustgedenktes eröffnete im Neuen Rathaus der Stadt Leipzig eine Ausstellung mit dem Titel: »Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte«. Große Bildwände erzählen dort vom Leben des jüdischen Mädchens Anne Frank und ihrer Zeit – von der Kindheit bis hin zu den schrecklichen letzten Monaten.

// Dr. Daniel Thieme

Das Mahnmal Abtnaundorf in Leipzig

Seit 1958 steht an der Theklaer Straße in Leipzig-Abtnaundorf ein Obelisk. Er erinnert an eines der schrecklichsten Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Leipzig. Mehr als 80 Häftlinge wurden hier am 18. April 1945 in einer Baracke des Konzentrationslagers »Leipzig-Thekla« verbrannt oder auf ihrer Flucht über den Stacheldrahtzaun getötet.

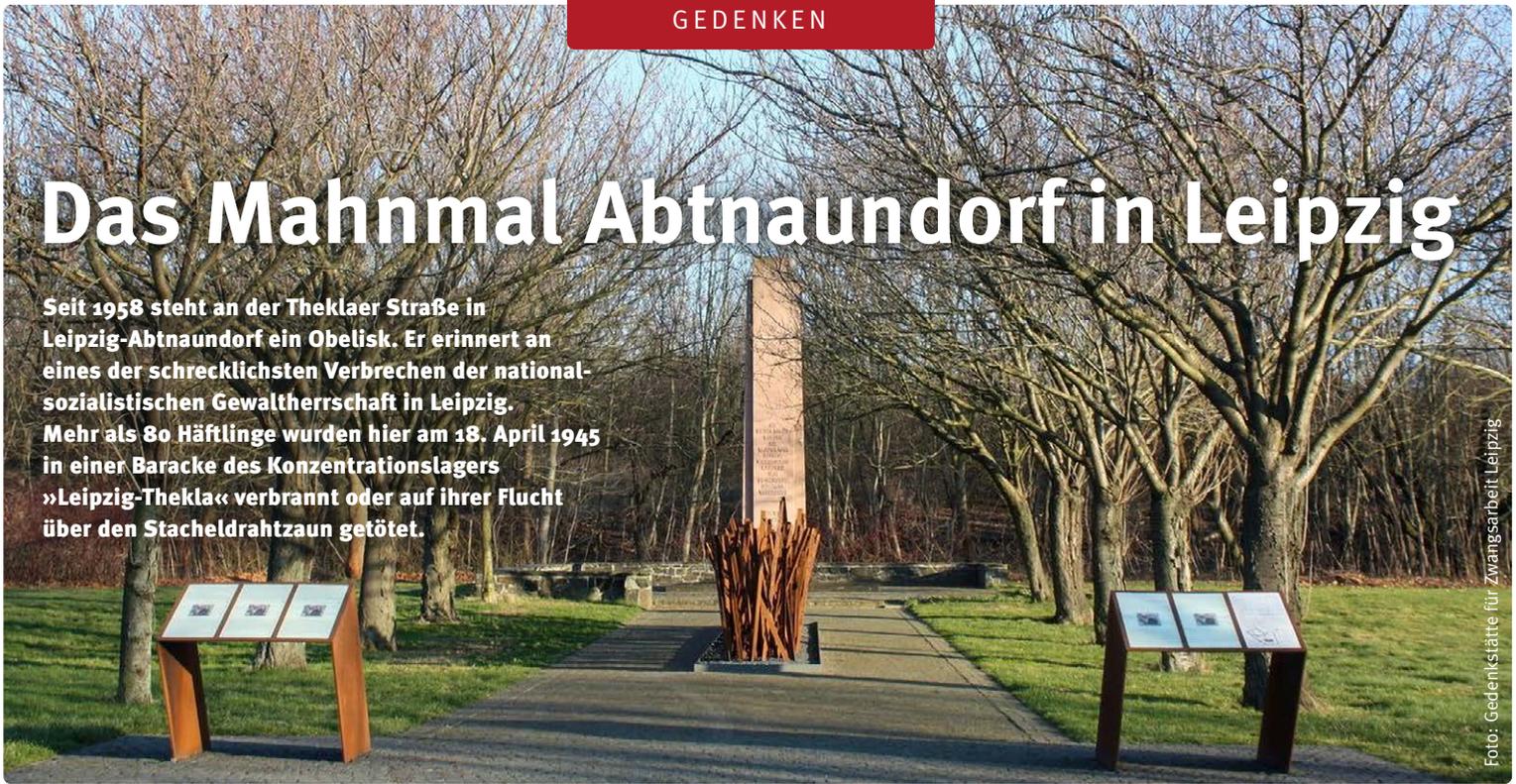


Foto: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

NS-Zwangsarbeit in Leipzig

Während des Zweiten Weltkrieges befanden sich in Leipzig wichtige Standorte der deutschen Rüstungsindustrie. Ein Beispiel dafür ist die Erla-Maschinenwerke GmbH Leipzig. Sie wurde im Juli 1934 im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums gegründet. Der Rüstungsbetrieb stellte für die Luftwaffe des Deutschen Reiches bis 1945 mehr als 11 000 Jagdflugzeuge her. Ab 1941 beschäftigten die Erla-Werke ausländische zivile Zwangsarbeiter. Zwei Jahre später wurden auch KZ-Häftlinge zur Arbeit gezwungen. Um sie unterzubringen, richtete die SS in Leipzig ein Außenlager des KZ Buchenwald aus Holzbaracken ein.

sterbende Menschen. Fünf Tage später fand dort ein Verbrechen statt, das als »Massaker von Abtnaundorf« international bekannt wurde. Zwölf SS-Männer sperrten die kranken Häftlinge in eine Baracke ein, übergossen diese mit Benzin und schossen sie mit Panzerfäusten und Maschinengewehren in Brand. Viele Häftlinge, die aus der brennenden Baracke fliehen konnten, wurden von den Tätern mit Maschinenpistolen erschossen. Einigen Häftlingen gelang unter Ausnutzung des dichten Rauchs dennoch die Flucht. Wie viele Menschen letztlich Opfer des Massakers wurden, konnte bis heute nicht festgestellt werden. Überlebt haben nachweislich 67 Personen.

Todesmärsche und Massaker

Am 13. April 1945 wurden etwa 1 500 Häftlinge auf einen der sogenannten »Todesmärsche« getrieben. Zurück im Lager Leipzig-Thekla blieben vor allem nicht gehfähige, kranke und

Nachgeschichte und Erinnerung

Am 13. September 1958 wurde das heutige Mahnmal feierlich eingeweiht. Die Gestaltung übernahm der Bad Lausicker Bildhauer Gustav Tschech-Löffler. Seitdem ist es zentraler



Ankunft der US-Armee im geräumten Lager »Leipzig-Thekla«

Foto: NARA Washington D.C., 111-SC-20 41 68



Das ehemalige Hauptgebäude der Erla-Werke

Foto: J. Röther



Weitere Informationen zum Mahnmal Abtnaundorf hält der Verein »Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig« auf seiner Internetseite bereit:

www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

Schauplatz der jährlichen Gedenkveranstaltungen an die Leipziger Opfer des Nationalsozialismus. In den Jahren 2015 bis 2018 modernisierte die Stadt Leipzig den Gedenkort Abtnaundorf. Es kamen zwei Informationstafeln hinzu, die Hintergründe des »Massakers

von Abtnaundorf« in sechs Sprachen vermitteln. Auf dem Weg vor dem Obelisken entstand zudem eine künstlerische Installation aus insgesamt 208 stählernen Stäben. Sie zeigen die Namen und Daten aller bekannten Opfer.

// Dr. Daniel Thieme

Moderne Farben, bessere Übersicht

Landtagskurier erhält frisches Erscheinungsbild



2024

Seit über 30 Jahren berichtet der Landtagskurier aus dem Herzen der sächsischen Demokratie. Eine weiterhin hohe Auflage zeigt, dass die neutrale und ausgewogene Berichterstattung sowie deren Darstellung bei Ihnen, den Leserinnen und Lesern, sehr geschätzt wird. Mit der vorliegenden Ausgabe startet unsere Parlamentszeitschrift nun mit einem aufge-

frishten Erscheinungsbild. Bereits auf der Titelseite haben Sie es sicherlich bemerkt. Eine geschwungene Form am unteren Rand, in einer auf das Titelmotiv abgestimmten Farbe, löst den bisherigen eckigen Kasten ab. Die grüne Banderole bleibt das Erkennungszeichen des Landtagskuriers. Sie setzt sich jetzt sogar auf der Rückseite fort. Das neue, bebilderte Inhaltsverzeichnis trägt zur Übersichtlichkeit bei. Die Be-

richte aus dem Plenum erscheinen aufgeräumter. Abfallende Reiter am rechten bzw. linken Seitenrand helfen bei der Orientierung. Statt auf der Rückseite finden sich die Meldungen von jetzt an im Innenteil des Landtagskuriers wieder. Farblich stärker akzentuiert und einfacher gegliedert ist zudem die Übersicht der laufenden Gesetze. Durch Symbole lässt sich der jeweilige Bearbeitungsstand leichter erfassen.

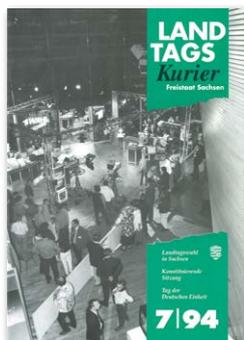
Viele weitere gestalterische Details warten darauf, in dieser und den kommenden Ausgaben entdeckt zu werden. Sie alle haben das Ziel, die Arbeit des Sächsischen Landtags weiterhin informativ darzustellen. Eine neue Papiersorte trägt überdies der Ressourcenschonung Rechnung.

Wir sind gespannt, wie Ihnen die Änderungen gefallen. Teilen Sie es uns gern mit: publikation@slt.sachsen.de

1991



1994



1999



2008



2014





Im Plenarsaal mit Wildbiene und Honigbrot

Vorlesestunde und Einblicke ins Parlament für 108 Grundschüler

Die Zweifarbige Schneckenhaut-Mauerbiene ist schwarz und rostrot. Ihr Lebensraum sind eigentlich Waldränder, Trockenrasenflächen und Hecken. Trotzdem tummelte sich am 8. Februar ein besonderes Exemplar auch im Sächsischen Landtag: Die kleine Wildbiene Wonka war die Heldin einer Geschichte, die 108 Kinder der Klassenstufen 1 bis 3 in einer Lesung im Plenarsaal erleben durften.

Auf Kissen im Plenarsaal

Vorgetragen wurden die Abenteuer des munteren Bienchens von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler gemeinsam mit Vertreterinnen des Landguts Kemper & Schlomski im mit gemütlichen Kissen bestückten Plenarrund. Der im idyllischen Müglitztal des Osterzgebirges gelegene Betrieb hat sich dem Erhalt der Artenvielfalt und dem Schutz der Lebensräume heimischer Tier- und Pflanzenarten verschrieben. 2019 forstete das Team des Landguts eine fußballfeldgroße Fläche insektenfreundlich zum Bienenwald auf, der nun Schauplatz einer Kindergeschichte rund um Bienen,

Wälder, Wiesen und Freundschaft geworden ist.

Besonders begeistert waren die Mädchen und Jungen aus Berggießhübel und Dresden von der unerwarteten Vielfalt der summenden Insekten: »Ich habe immer gedacht, dass es nur eine Sorte Bienen gibt. Dabei wohnen noch über 500 andere Bienenarten in Deutschland«, überlegt Greta aus der Klasse 3b. »Außerdem hätte ich nie gedacht, dass Hummeln Stinkfüße haben«, fährt sie fort und beweist damit, dass sie in der kleinen Fragerunde zu Wild- und Honigbienen gut aufgepasst hat. Diese schloss sich, ebenso wie eine Landtagsführung, an die Lesung an.



Allerhand Wissenswertes

Neben allgemeinem Landtags-Know-how lernten Greta und ihre Klassenkameradinnen und -kameraden der 147. Grundschule in Dresden auch die sechs Landtagsbienenvölker kennen. Diese befinden sich zwar gerade im Winterschlummer, werden aber bald erwachen, um fleißig Pollen und Nektar zu sammeln. Daraus wird seit 2016 zweimal jährlich goldgelber Landtagshonig

gewonnen, über den sich beispielsweise Staatsgäste freuen können, die das Parlament besuchen.

Heute aber dürfen Greta und ihre Freunde den Landtagshonig in der Lobby des Plenarsaals auf Baguettescheiben verkosten. »Superlecker!«, finden alle kleinen Bienenexperten und freuen sich schon auf den nächsten Besuch.

// Anne-Marie Brade

EIN FREIWILLIGES SOZIALES JAHR IM LANDTAG? DAS GEHT?!

— Halbzeitbilanz zum FSJ Politik im Herzen
der sächsischen Demokratie

Im März des vergangenen Jahres habe ich mich entschlossen, ein Freiwilliges Soziales Jahr zu leisten. Als sich die Möglichkeit bot, dies im Sächsischen Landtag zu tun, habe ich nicht gezögert. Die ersten sechs Monate sind nun vorbei und ich habe die Möglichkeit, einmal zurückzublicken.

Mit der Schule fertig ...

Nach dem Ende der Schulzeit fühlt sich wohl jeder Schüler vor die Frage gestellt: Was nun? Genauso ging es mir. Die letzten Hausaufgabenfristen waren gerade abgelaufen, die Prüfungen noch in vollem Gange. Und da sollte ich mir bereits Gedanken um die Zeit nach

der Schule machen. Ein mehrjähriges Studium direkt im Anschluss an zwölf Jahre Schule fiel für mich aus, also begann ich im März des vergangenen Jahres meine Interessen und Aussichten zu ordnen. Durch Zufall erfuhr ich vom Freiwilligen Sozialen Jahr, das den Fokus auf Politik und politische Bildung legt. Ich begann ge-



Bewerbungen für das FSJ Politik 2024/2025 nimmt die Sächsische Jugendstiftung bis Ende Mai entgegen.

<https://www.saechsische-jugendstiftung.de/machen-statt-meckern>

nauer im Programm der Sächsischen Jugendstiftung zu recherchieren, welches der vielen Angebote mich genau interessieren würde. Als ich schließlich den Sächsischen Landtag entdeckte, war endgültig der Entschluss gefasst, mich zu bewerben. Ohne Plan B gelangte ich zuerst in die Bewerbungsphase, danach in verschiedene Vorstellungsgespräche, bis mich schließlich der entscheidende Anruf erreichte: Die Entscheidung war auf mich gefallen. Also begann am 1. September 2023 mein FSJ Politik im Sächsischen Landtag.

... und auf in den Landtag

Auf dem Weg nach Dresden, das etwa eine Zugfahrtstunde von meiner Heimat entfernt liegt, gingen mir allerlei Gedanken durch den Kopf, hauptsächlich aber spürte ich Freude auf das kommende Jahr, die neuen Kontakte und spannende Projekte. Die wenigen Sorgen, die sich hin und wieder vor die Freude drängten, verstrichen spätestens beim Eintritt in das Landtagsgebäude. Wohin ich auch blickte, schauten mich freundliche Gesichter an. Ich wurde herzlich begrüßt, erhielt eine Einführung in die Arbeit der Öffentlichkeitsarbeit



Fotos: S. Floss

»Politik hat in meinem Leben schon länger eine Rolle gespielt. Ganz besonders seit der Oberstufe und meinem Leistungskurs ›Gesellschaft – Recht – Wirtschaft‹.«

und eine exklusive Führung durch den Alt- wie auch den Neubau des Landtags.

Ich war überrascht, wie vielseitig die Aufgaben meiner Tätigkeit waren. Bereits kurz nach meinem Einstieg stand eine Veranstaltung bevor, die organisiert werden musste: Eine Studentengruppe wartete darauf, durch den Landtag geführt zu werden, eine Veranstaltung verlangte mediale Begleitung und vieles andere mehr. Einblicke bekam ich von Anfang an in die Redaktion des

An Herausforderungen gewachsen

Von besonderem Interesse sind für mich aber nach wie vor die Plenar- und Ausschusssitzungen. Nirgends spürt man den Puls der Gesetzgebung stärker als hier im Parlament. Was ich vorher jahrelang nur im Unterricht an der Tafel gesehen habe, kann ich nun regelmäßig live auf der Besuchertribüne miterleben. Auch an den sonst nicht öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse kann ich teilnehmen – ein äußerst seltener Einblick. Politische Bildung erhalte ich aber nicht nur hier im Landtag, sondern

Name: **Jerome-Darian Hennersdorf**
 Alter: **19 Jahre**
 Herkunft: **Oberlausitz**

Landtagskuriers, die Ausgabe für Ausgabe vorbereitet.

Bereits nach wenigen Tagen war mir klar, dass es genug zu tun gibt. Bereits relativ früh habe ich den Multi-Media-Bereich für mich entdeckt, also die filmische Begleitung von Veranstaltungen. Es macht mir Spaß, für den Landtag hinter der Kamera zu stehen und am Ende ein sehenswertes Endprodukt vor Augen zu haben.

Aber damit noch nicht genug: Ich führe Besuchergruppen durch das Haus – manchmal auch spontan – oder verfasse Texte, zum Beispiel für die Internetseite des Landtags oder den Landtagskurier. Auch begleite ich immer wieder Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit, wie etwa den Tag der offenen Tür oder das Jugend-Redeforum.

auch während der insgesamt 25 Bildungstage. Zwei dieser besonderen Fortbildungstage für FSJler in Sachsen durfte ich gleich im ersten Monat meiner Tätigkeit selbst organisieren. Zwei Tage Programm für 35 Menschen komplett durchplanen, das war gleich zu Beginn eine gewaltige Herausforderung. Dazu brauchte ich neben unzähligen Mails und Telefonaten einen kühlen Kopf. Rückblickend kann ich sagen, dass ich an dieser Aufgabe gewachsen bin.

Von der Sorge aus der ersten Zugfahrt nach Dresden am 1. September ist nichts mehr übriggeblieben. Mein Freiwilligenjahr im Landtag endet am 31. August, genau einen Tag vor der Wahl zum 8. Sächsischen Landtag.

// Jerome Hennersdorf



Foto: ©Deutscher Bundestag / Thomas Köhler / phototo.net

Abschied von Wolfgang Schäuble

Der Bundestag gedachte am 22. Januar 2024 seines früheren Präsidenten Dr. Wolfgang Schäuble. An dem Staatsakt im Reichstag nahm auch Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner teil. Zuvor hatte er bereits den Trauergottesdienst im Berliner Dom besucht. Zum Tod von Dr. Wolfgang Schäuble erklärte Röbner: »Deutschland verliert einen Architekten der Wiedervereinigung, einen der bedeutendsten Parlamentarier und einen großen Europäer. Auch die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands wird stets mit ihm und seiner Rede im Bundestag verbunden sein. Es war ein besonderes Glück für die deutsche Geschichte, dass Wolfgang Schäuble 1990 Bundesinnenminister war und den Einigungsvertrag maßgeblich erarbeitet hat.«

»Tag der Sachsen« 2025: Sebnitz nimmt Staffelstab entgegen

Sebnitz wird im kommenden Jahr den »Tag der Sachsen« ausrichten. Das größte sächsische Volks- und Vereinsfest soll vom 5. bis 7. September 2025 stattfinden. In seiner Funktion als Präsident des Kuratoriums »Tag der Sachsen« überreichte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am 18. Januar 2024 den Staffelstab an den Sebnitzer Oberbürgermeister Ronald Kretzschmar. Die Übergabe erfolgte nach einer kurzen Führung durch die Schaumanufaktur im »Haus der Deutschen Kunstblume«, das weit über die Grenzen Sachsens bekannt ist. Der »Tag der Sachsen« findet künftig alle zwei Jahre statt. Zuletzt hatte die Erzgebirgsstadt Aue-Bad Schlema das Volksfest ausgerichtet.



Foto: Sebnitz

Landtagspräsident trifft namibischen Botschafter

Zum Antrittsbesuch empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am 17. Januar 2024 den namibischen Botschafter Martin Andjaba im Dresdner Ständehaus. Zu Beginn des Gesprächs trug dieser sich in das

Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Martin Andjaba vertritt sein Land seit Februar 2021 als Botschafter in Deutschland. Zuvor gehörte er für mehrere Jahre der namibischen Staatsregierung an und war unter anderem Bildungsminister seines Herkunftslandes.



Foto: S. Flüssel

Käse schließt den Magen

Ein klarer Kopf für die Landtagsmitglieder

Zu den Ständeversammlungen des 16. Jahrhunderts erhielten die Teilnehmer köstliche Speisen und Getränke vorgesetzt – auf Kosten des Kurfürsten. Die Reihenfolge der Gänge orientierte sich am damaligen medizinischen Wissensstand. Dem Dessert kam dabei eine besondere Rolle zu.

Kurfürst August musste im Jahr 1576 beim Landtag in Torgau die Mitglieder der kursächsischen Ständeversammlung fünf Tage lang speisen. Alle Parlamentarier tafelten weit oberhalb der üblichen Alltagsmahlzeiten der Bevölkerung. Die meisten Europäer ernährten sich damals weithin vegetarisch, weil Fleisch für sie zu teuer war. Entsprechend der zeittypischen Ordnung gab es an den Landtagstafeln aber unterschiedliche Speisen und Getränke für Parlamentarier, je nachdem, ob sie Stadtdeputierte, Ritter und hoher Adel waren. Rheinwein, der weit transportiert werden musste, kredenzte der Kurfürst nur einer kleinen Spitzengruppe. Die adligen Rittergutsbesitzer bekamen thüringischen und die Städtevertreter einheimischen Wein. Dagegen verblüfft, dass das Dessert auf allen drei Niveaus stets aus Käse, Gebackenem und Obst bestand.

Warum drei unterschiedlichen Ständen das gleiche Dessert gereicht wurde, erklärt sich aus der damaligen Vorstellung, wie man sich gesund ernährt. Die Ansicht der gelehrten Zeitgenossen ist im ersten Kochbuch überliefert, das in Sachsen gedruckt wurde, nämlich in Johann Deckhardt: *New/kunstreich und nützliches Kochbuch*, Leipzig 1611. Die Vorrede zu die-



Kurfürst August von Sachsen bewirtete 1576 den sächsischen Landtag in Torgau.

sem Werk stammt nicht vom Autor der Rezepte, dem Hofküchenschreiber des sächsischen Kurfürsten, sondern von Elisabeth Bergen, der Witwe des Dresdner Buchdruckers Christian Bergen. Er hatte begonnen, Deckhardts Buch zu drucken, war aber währenddessen gestorben. Warum Deckhardt, der die Ausgaben der kurfürstlichen Küche überwachte, nicht selbst ein Vorwort verfasste, ist nicht

bekannt. Vielleicht war auch er bereits verstorben. Jedenfalls haben wir es bei der Vorrede mit dem Text einer gebildeten und sprachgewandten Frau zu tun – einer Dresdnerin aus dem frühen 17. Jahrhundert.

Die Vorrede der Elisabeth Bergen erklärt, warum sich der Abschluss einer kurfürstlichen Tafel für alle Landtagsmitglieder gleich gestaltete. Grundsätzlich stellt Bergen einen Zusammenhang zwischen Gesundheit und der Abfolge von Speisen her. Zunächst geht sie davon aus, dass Menschen »gutwohlschmeckende / vnd rechtschaffen zugerichtete Speisen« bekommen sollen. Der Körper brauche nämlich »gute Nahrung«, um »vor Kranckheit vnd beschwerung« gesichert zu sein. Es sei aber »Mässigkeit im Essen vnd Trincken« von gutem Nutzen. Denn es habe »der vberflüssige gebrauch vieler vnd mancherley Speise vnd Trancks durch einander / seinen grossen schaden vnd nachteil«.

Dieser Satz nennt gleich zwei wichtige Komponenten fürs Tafeln. Erstens darf nach zeitgenössischer Ansicht nicht zu viel oder zu wenig gegessen werden. Zweitens darf kein Durcheinander entstehen. Die Einnahme von Speisen soll einer Ordnung folgen. Bergen empfahl, für die Menge, die

gegessen werden solle, müsse man an die Kerzen denken. Der Docht einer Lampe könne auch nur gut leuchten, wenn er weder zu viel noch zu wenig Öl bekäme. Wenn der menschliche Magen zu viel Speis und Trank aufnehme, so könne »dadurch dem Leibe fäulung oder verstopfung / auch andere grosse beschwerung vnd hefftige krankheit zugezogen werden«. »Wo man aber zu wenig Speiß vnn Tranck gebrauchet / so pflegt der Leib davon abzunehmen / vnd die kräfte geschwecht zu werden.« Das Essen und Trinken verlange daher nach Ordnung. Feuchte und dünne Speisen seien gut zu verdauen. Bergen nennt als Beispiel für solche »linde und schlipferige« Gerichte Suppen, weich gekochte Eier, Erbsen, Pflaumen, Rotkohl und Spinat. Fleisch sei dagegen eine grobe, nicht leicht zu verdauende Kost. Außerdem müsse man warme vor kalten Speisen zu sich nehmen. Wer zuerst die harten Speisen esse, laufe Gefahr, dass sich im Magen das Aufgenommene nicht gut vermische. Das habe zur Folge, dass beides – das leicht und das schwer zu Verdauende – im Magen verderbe, statt zu einem nützlichen Speisebrei zu werden. Eine misslungene Verdauung verursache dann Beschwerden und Krankheiten.

Zeitgenössisch stellte man sich die Verdauung noch nach der Lehre des antiken Arztes Galen von Pergamon vor. Nach dieser Digestionslehre des zweiten Jahrhunderts nach Christus werde die Nahrung im Magen zu einer Art Speisebrei gekocht. Man glaubte, dass der Brei im Magen in gelbe Galle und in schwarze Galle entmischt werde. Die minderwertige schwarze Galle werde mit dem Kot als Abfallprodukt der Verdauung ausgeschieden.

Die gelbe Galle dagegen überführe der Körper in die Leber. Hier erfolge die zweite Verdauung. Es werde ein Teil der gelben Galle zu Blut umgewandelt. Die Rückstände hingegen würden als Urin ausgeschieden. Das Blut würde dann in die Organe geleitet und dort verbraucht. Auch dabei, glaubte man, entstünden Rückstände. Das sei der Schweiß, den der Körper über die Haut ausscheide. Überhaupt könne bei der Verdauung auch ein Dunst, eine Art warmer Wind entstehen. Dieses Abfallprodukt steige durch den Magen und die Halsschlagader auf, könne ins Gehirn gelangen und es vernebeln. Das sollte selbstverständlich verhindert werden.

Damit bei der Verdauung nichts schief lief, empfahl Elisabeth Bergen, Speisen in der richtigen Reihenfolge zu verzehren. Suppen und Gemüse solle man zuerst zu sich nehmen, weil sie sich als Basis im Magen leicht mit größeren Speisen vermischten. Aus demselben Grund riet Bergen auch, Fisch stets vor dem Fleisch zu essen. Andere Zeitgenossen des 17. Jahrhunderts empfahlen, am Ende einer Mahlzeit Obst zu verzehren.

Die von Elisabeth Bergen herangezogene Verdauungstheorie ist bereits im 17. Jahrhundert außer Gebrauch geraten. Dennoch wurde die Reihenfolge von zuerst Suppe, dann Fisch und erst anschließend Fleisch bei der traditionellen europäischen Menüfolge beibehalten. Sie ist bis ins ausgehende 20. Jahrhundert gängig geblieben.



Obst, Käse und Gebäck (Nikolaes Gillisz, 1611)

ben. Im ersten Gang, der klassisch aus drei bis vier Gerichten besteht, wurde zunächst Suppe serviert, dann Fisch und erst danach Fleisch. Im zweiten Gang – üblich waren bis zu sechs Gerichte – reichte man das warme Eingangsgericht vor dem kalten. Einen Grund dafür nennen die modernen Kochbücher nicht. Spätestens seit sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die naturwissenschaftliche Medizin durchsetzte, waren die gesundheitlichen Gründe, die zuvor für die Speisefolge gegolten hatten, obsolet.

Beachtenswert ist auch, was die Medizin des frühen 17. Jahrhunderts über die Getränke bei der Festtafel lehrte. Elisabeth Bergen meinte 1611 in ihrer Vorrede zu Johann Deckhardts Kochbuch, es sei ungesund nur zu essen. Man müsse besonders zu trockenen Speisen etwas trinken. Denn der Körper des Menschen habe eine natürliche Hitze, die ohnehin Feuchtigkeit verbrauche. Da beim Verdauungsprozess das Verbrennen von Nahrung zusätzlich Hitze erzeuge, müsse man Flüssigkeit aufnehmen, allerdings nicht unmaßig. Der

Mensch könne leichter gesund bleiben, wenn er gleichzeitig esse und trinke. Eine gesunde Speisepaxis erforderte nach dieser Ansicht stets auch Getränke. Frühneuzeitlich kamen dazu nur Wein und Bier infrage. Wasser zu trinken, galt als sozial deklassierend.

Von den Essen, die Kurfürst August 1576 dem sächsischen Landtag servierte, sind die einzelnen Gerichte der Gänge nicht überliefert. Wir wissen aber, dass sie stets mit »Keße, Gebäckens und Obst« beendet wurden. Unter »Gebäckens« darf man sich etwas quergebete Rezepte vorstellen, für die man einen Backofen benötigte. Deckhardts Kochbuch hat im Kapitel »Gebäckens« Zubereitungsweisen von Äpfeln mit Salbei über Oblaten oder Kuchen bis zu Fleisch- und Geflügelgerichten zusammengestellt. Dieses breite Sortiment an Speisen ist den Ansichten der Schulmedizin um 1600 schwer zuzuordnen. Dagegen hatte es einen eindeutigen gesundheitlichen Grund, zum Dessert Obst zu reichen. Denn Obst galt nach Ansicht der herrschenden Humoralpathologie als warm und feucht. Die dama-

lige Medizin glaubte, dass es deshalb die Verdauung fördere. Und der Käse sollte verhindern, dass den Landtagsmitgliedern Dämpfe das Hirn vernebelten. Das konnte dem Kurfürsten nur recht sein.

// Prof. Dr. Josef Matzerath



Foto: © J. Matzerath

PROF. DR. JOSEF MATZERATH

lehrt am Institut für Geschichte der TU Dresden. Er forscht zur ästhetischen Entwicklung der hohen Kochkunst. Von 2013 bis 2021 hat er gemeinsam mit Prof. Dr. Uwe Israel (†) ein Graduiertenkolleg zur Geschichte der sächsischen Landtage betreut.

Plenarsitzungen

20.03. – 21.03.2024

02.05. – 03.05.2024

12.06. – 13.06.2024

01.09.2024: **Landtagswahl**

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen

CDU, Tel. 0351 493-5601

AFD, Tel. 0351 493-4201

DIE LINKE, Tel. 0351 493-5800

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

SPD, Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Offene Führungen an jedem 1. und 3. Freitag im Monat von 17 bis 18 Uhr.

Keine Anmeldung erforderlich.

Öffentliche Ausstellung

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag
und auf YouTube: [YouTube/Sachsischer Landtag](https://www.youtube.com/SachsischerLandtag)



SAVE THE DATE!

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



KONFERENZ

»Mitteleuropäische Perspektiven
vor den Europawahlen«

9. April 2024

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.forummitteleuropa.eu ←